► **FTD-Online vom 18.07.2006:**

„SCHWÄBISCHES HEUSCHRECKLE“

Der Stadtrat von Freiburg berät über den Verkauf von 8.900 Wohnungen. Dass der grüne Oberbürgermeister den Haushalt ausgerechnet so sanieren will, regt viele Bürger auf.

Etwas mehr als eine halbe Milliarde Euro - so viel erhofft sich Oberbürgermeister Dieter Salomon aus dem Verkauf der Freiburger Stadtbau mit ihren 7.900 Wohnungen und 1.000 weiterer städtischer Wohnungen. Mit einem Schlag könnte die überschuldete Kommune im Breisgau sämtliche Kredite zurückzahlen und endlich wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen, so sein Plan. Wie schon die Stadt Dresden, die im Februar ihre Wohnungsgesellschaft Woba an den US-Finanzinvestor Fortress losschlug. Am Dienstag soll die schwarz-grüne Mehrheit im Freiburger Stadtrat grundsätzlich zustimmen.

„Selbstzerstörische Befreiungsaktion“

Doch anders als in Dresden werden Freiburgs Wähler selbst das letzte Wort haben: Die Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“ spricht von einer „selbstzerstörerischen Befreiungsaktion“ und stemmt sich gegen den Ausverkauf kommunaler Wohnungen - erst recht, wenn die Bestände an renditehungrige Beteiligungsfonds wie Fortress oder Cerberus gehen sollen. Die Bürgerinitiative hat gegen die „Heuschrecken“ mobil gemacht, Balkone mit bunten Anti-Heuschrecken-Plakaten behängt, tausende Unterschriften gesammelt und einen Bürgerentscheid erzwungen. Am 12. November wird abgestimmt. Dann muss auch der Rat noch einmal entscheiden.

Oberbürgermeister Dieter Salomon versucht seit Monaten, seine Kritiker umzustimmen: „Wir wollen nicht zum bestmöglichen Preis und zu guten Bedingungen für die Mieter verkaufen“, sagt er. Ziel der Stadtverwaltung sei „ein bestmöglicher Mieterschutz zu einem guten Preis“. Begrenzung der Mieten, Verbot von Luxusmodernisierungen und Belegungsrechte für die Stadt zur Wohnversorgung von einkommensschwachen Haushalten - all das soll eine „Freiburger Sozialcharta“ garantieren, die jeder Investor unterschreiben muss.

Noch viel Diskussionsbedarf vorhanden

Als mögliche Käufer trauen sich bisher nur solche Interessenten aus der Deckung, die sich selbst für politisch vermittelbar halten: Die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Baden-Württemberg zum Beispiel, selbst ein öffentlich-rechtliches Unternehmen. „Wenn der Preis stimmt, sind wir an den Freiburger Beständen stark interessiert“, sagt LEG-Geschäftsführer Hans Strudel. Er kommt immer wieder nach Freiburg und stellt sich Podiumsdiskussionen. Doch misstrauische Badener halten die Stuttgarter LEG für ein „schwäbisches Heuschreckle“, worauf Strudel gerne antwortet, es handle sich bei seinem Unternehmen doch eher um eine „fleißige schwäbische Ameise“.

Rechtzeitig vor der Ratssitzung hat sich jetzt der Verband baden-württembergischer Wohnungsgenossenschaften (VBW) gemeldet. „Etwa 15 große Wohnungsgenossenschaften sind bereit, sich an einem Genossenschaftsmodell für Freiburg zu beteiligen und Anteile zu übernehmen“, sagt VBW-Präsident Gerhard Burkhardt. Einen solchen „Freiburger Weg“ favorisieren auch einige CDU- und FDP-Stadträte. Die regionale Kreditwirtschaft soll das finanzieren, Mieter sollen Anteile zeichnen und Miteigentümer werden. Es gibt also noch viel Diskussionsbedarf bis zum Bürgerentscheid im November.